

Der frühe Widerstand in der SBZ/DDR

Vortrag von Karl Wilhelm Fricke am 5. Juni 2011 in Halle auf der Tagung ehemaliger Workuta-Häftlinge

Warum ist der frühe Widerstand gegen das kommunistische System in der SBZ/DDR heute in Vergessenheit geraten, obwohl seine Trägerinnen und Träger den brutalsten Repressionen unterlagen? Horst Schüler hat diese Frage unlängst im „Stacheldraht“, der Stimme der Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft, aufgeworfen und sie in den Mittelpunkt dieser Tagung gestellt. Mit Recht. Vielleicht ist seine Diagnose allzu pessimistisch, denn Zeithistoriker haben in den letzten Jahren eine Reihe einschlägiger Untersuchungen vorgelegt, valide Arbeiten. Aber im Prinzip bringt Horst Schüler, selbst ein Mann des frühen Widerstands, die Sache auf den Punkt. Die Erinnerung daran ist aus dem kollektiven Geschichtsbewusstsein hierzulande weithin verdrängt – die Erinnerung an Opposition und Widerstand in den Jahren 1946 bis 1955.

Anfänge und Ansätze von Opposition und Widerstand in der SBZ waren in der Tat schon in den ersten Nachkriegsjahren erkennbar. In meinem Vortrag werde ich versuchen, einige Aspekte und Akteure aus der frühen Oppositions- und Widerstandsgeschichte exemplarisch zu machen, ebenso die brutalen Repressionen der Herrschenden. Beides steht zueinander in dialektischer Kausalität. Denn dem Wesen totalitärer Herrschaft entsprechend wurden Opposition und Widerstand in der SBZ/DDR – wie nicht wenige von Ihnen leidvoll erfahren haben - gnadenlos verfolgt und namentlich in den ersten Nachkriegsjahren mit hohen Freiheitsstrafen und nicht selten mit der Todesstrafe geahndet. Zunächst von sowjetischen Militärtribunalen, aber ab 1948 zunehmend auch von SED-gesteuerten Strafgerichten. Umgekehrt löste die politische Verfolgung ihrerseits neue Opposition und neuen Widerstand aus.

Begrifflich unterscheide ich in diesem Zusammenhang Opposition und Widerstand dahingehend, dass ich Opposition als politische Gegnerschaft verstehe, „die sich relativ offen, relativ legal zu entfalten versucht“, wenn auch unter dem latenten Risiko ihrer Kriminalisierung, während Widerstand von vornherein auf „jede Möglichkeit zu offener und legaler Entfaltung“ absolut verzichtete und insoweit als „illegal“ galt, im Sinne des herrschenden Regimes als Verbrechen. Wo aber Opposition unterdrückt wurde, und zwar generell unter grober Missachtung von Recht und Gesetz, da schlug sie oft in Widerstand um.

Historisches Faktum ist, dass es nur wenige Monate nach der Wiederbegründung demokratischer Parteien in Berlin und der SBZ im Juni/Juli 1945 dauerte, bis allenthalben politische Ernüchterung einsetzte. Männer wie der Christdemokrat Andreas Hermes und der Liberaldemokrat Waldemar Koch waren die ersten, die an die Grenzen ihrer politischen Spielräume stießen. Als sie 1945 offen gegen die sich früh abzeichnende Entmündigung ihrer Parteien durch Einbindung in die Blockpolitik der SED und gegen die Modalitäten der als „demokratische Bodenreform“ umschriebenen Landenteignung sowie gegen willkürliche Enteignungen in Industrie und Handel opponierten wollten, vertrieb sie die SMAD auf Drängen der deutschen Kommunisten aus den Parteiämtern, in die sie demokratisch gewählt worden waren: Hermes als Vorsitzender der Ost-CDU – Koch als LDP-Vorsitzender.

Parlamentarische Opposition hielten in der ersten Nachkriegsjahren auch jene Männer und Frauen aus dem bürgerlichen Lager für möglich und notwendig, die im Oktober 1946 als Mandatsträger in die neu gewählten Landtage eingezogen waren. Sie sahen sich in ihrem Denken und Handeln in Übereinstimmung mit den demokratischen Grundrechten, wie sie in den neuen Landesverfassungen 1946/47 formal niedergelegt waren. Wie rigoros die Besatzungsmacht selbst die Immunität von Landtagsabgeordneten missachtete, veranschaulicht das Vorgehen gegen bürgerliche Landtagsabgeordnete, die willkürlich verurteilt wurden, weil sie der SED und ihrer sowjetischen Schutzmacht als Opposition im Parlament politisch unbequem geworden waren.

Zu nennen ist Ewald Ernst, seit Oktober 1946 CDU-Abgeordneter im Landtag von Sachsen-Anhalt. Jahrgang 1921, aus Dessau stammend, technischer Zeichner, jugendpolitischer Sprecher der Ost-Union und parlamentarischer Geschäftsführer seiner Fraktion. Er wurde am 16. März 1947 hier in Halle festgenommen, nachdem in Ost-Berlin die Studenten Manfred Klein, Georg Wrazidlo und andere aus der CDU verhaftet worden waren. In ihrem Prozess vor einem sowjetischen Militärtribunal, auf den ich noch zurückkomme, wurde Ewald Ernst mitangeklagt und zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Wie damals üblich lautete das Klischee der Anklage auf „Spionage“. Er kam für fast sieben Jahre nach Bautzen.

Opfer sowjetischer Unrechtsjustiz wurde ebenso der Thüringer Landtagsabgeordnete Hermann Becker. Der 1905 in Plauen/Vogtland geborene Diplom-Volkswirt und Bankkaufmann zählte nach 1945 zu den Mitbegründern der LDP in Thüringen, er wurde Vorsitzender der LDP in Erfurt und stellvertretender Landesvorsitzender. 1946 in den Landtag gewählt, übernahm er den Vorsitz seiner Fraktion. Becker wurde am 23. Juli 1948 während einer Sitzungspause des Landtags festgenommen und in das MGB-Gefängnis in Weimar eingeliefert. Vier Wochen später überstellte ihn die sowjetische Geheimpolizei in das zentrale Untersuchungsgefängnis Berlin-Hohenschönhausen, wo er rund anderthalb Jahre in U-Haft verblieb.

Trotz zermürbender Verhöre war er nicht geständig. Er hatte nichts zu gestehen. Am 26. Juli 1950 wurde ihm eröffnet, dass er in Moskau in „besonderer Beratung“, ohne mündliche Verhandlung, durch „administratives Fernurteil“ wegen „Spionage“ zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden wäre. Der Vorwurf war absurd. Trotzdem folgten Jahre der Zwangsarbeit in Workuta, Inta-Abes und Suchobeswodnoje. Erst am 16. Oktober 1955 wurde Hermann Becker entlassen.

Zwei signifikante Fälle, keineswegs die einzigen, in denen bürgerliche Parlamentarier, weil sie das waren, unter Verletzung ihrer Immunität ausgeschaltet wurden. Ihre Verfolgung war nicht aus dem Kontext der Entnazifizierung zu verstehen. Eliminiert werden sollte die demokratische Opposition.

Auch nach Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 änderte sich im Grunde nichts an diesen Zuständen. Ein besonders tragisches Schicksal ist mit den Namen Erwin und Charlotte Köhler verbunden. Der 1901 in Berlin geborene Maschinenbau-Ingenieur war 1945 in die Politik gekommen. Gemeinsam mit seiner Frau gehörte er in Potsdam zu den Gründungsmitgliedern der CDU. Nachdem er im Frühjahr 1946 Kreisvorsitzender in Potsdam und geschäftsführender Landesvorsitzender der Union in Brandenburg geworden war, wurde er nach den Kommunalwahlen im Spätsommer 1946 Bürgermeister in Potsdam.

Im Zuge einer gegen „reaktionäre Elemente“ in der brandenburgischen CDU geführten Kampagne der SED wurde er im März 1950 zum Rücktritt genötigt. Wenige Wochen danach gerieten er und seine Ehefrau in Sowjet-Haft. Unter schweren Foltern wurden ihnen falsche, vor Gericht hernach widerrufenen Geständnisse abgepresst, mit denen das SMT Nr. 48240 am 2. Dezember 1950 sein

Urteil wegen „konterrevolutionärer Verbrechen“ und „Spionage“ begründete: Tod durch Erschießen. Am 20. Februar 1951 wurde Erwin Köhler in Moskau exekutiert. Seine Ehefrau, 43 Jahre alt, Mutter von vier Kindern, musste am 10. April 1951 durch Genickschuss sterben

Auch loyale Mitarbeit auf der Basis der Verfassung schützte nicht vor unrechtmäßiger Verfolgung, wenn offener Widerspruch im Spiel war – wie der Berliner CDU-Politiker und Rechtsanwalt Dr. Dr. Helmut Brandt am eigenen Leibe erfahren musste. Seine Nachkriegskarriere: Mitbegründer der Berliner CDU, 1949 Mitglied der Provisorischen Volkskammer und Staatssekretär im DDR-Justizministerium.

Als er von Amts wegen von dem eklatanten Unrecht der „Waldheimer Prozessen“ erfuhr sorgte er dafür, dass der Justizskandal in einer Kabinettsitzung unter Leitung von Ministerpräsident Otto Grotewohl auf die Tagesordnung kam - zur Empörung von Walter Ulbricht. Am 6. September 1950 wurde Helmut Brandt vom Staatssicherheitsdienst der DDR festgenommen und nach dreidreiviertel (!) Jahren Untersuchungshaft am 4. Juni 1954, in einem Geheimprozess vor dem Obersten Gericht zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt.

Nach acht Jahren Haft in Berlin-Hohenschönhausen und Bautzen wurde Brandt 1958 „auf Bewährung“ entlassen, allerdings mit Aufenthaltsbeschränkung für Dresden. Als er trotzdem nach West-Berlin zu fliehen versuchte, wurde er erneut inhaftiert und am 13. März 1959 vom Bezirksgericht Frankfurt/Oder abermals zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt – Im Sommer 1964 erst konnte der CDU-Politiker nach insgesamt vierzehn Jahren DDR-Haft von der Bundesregierung freigekauft werden.

Alle diese oppositionellen Ansätze aus den ersten Nachkriegsjahren erklären sich vor dem historischen Hintergrund jener Desillusionierung, die in der SBZ/DDR einsetzte, als sich der Aufbau einer vermeintlich antifaschistisch-demokratischen Ordnung immer unverblümt als Strategie und Taktik der KPD/SED zur Eroberung der politischen Macht erwies, als Entnazifizierung und Demokratisierung im Schulterschluss mit den sowjetischen Besatzern immer weniger verschleiert instrumentalisiert wurden zu dem Zweck, die Diktatur der SED zu etablieren.

Der unter politischem Druck und terroristischem Zwang vollzogene Zusammenschluss von KPD und SPD zur SED war ein weiteres Element dieser Vorgehensweise. Sie löste schon wenige Monate nach dem Vereinigungsparteitag im April 1946 in der SBZ Widerstand und Verfolgung ehemaliger Sozialdemokraten aus. Doch ehe ich darauf eingehe, hier ein kurzer Exkurs auf die so genannte Werwolf-Organisation in der SBZ. Was war Faktum – was Fiktion?

Unter dem Datum des 22. Juni 1945 informierte der seinerzeitige NKWD-Bevollmächtigte in Deutschland, Generaloberst Serow, seinen Chef in Moskau, den Volkskommissar für innere Angelegenheiten Berija über von ihm so genannte Werwolf-Aktivitäten im sowjetischen Besatzungsgebiet. Er teilte mit, dass in letzter Zeit - Zitat: „durch die NKWD-Operativgruppen in Berlin und in den Provinzen mehr als 600 Angehörige der durch die faschistische Partei organisierten Untergrundgruppen ‚Werwolf‘ verhaftet“ worden wären. Ein Jahr später meldete er nach Moskau, die Sicherheitskräfte hätten bereits „mehr als 10 000 im Untergrund tätige ‚Werwölfe‘ in Haft genommen.“ Die Zahlen reflektieren, dass in den ersten Nachkriegsjahren von den NKWD -Organen im Zusammenwirken mit den politischen Abteilungen der Volkspolizei K 5 Tausende überwiegend junger Menschen in der SBZ als Werwolf-Verdächtige in Haft genommen wurden. Die Existenz einer aktiv handelnden Werwolf-Organisation zwischen Elbe und Oder ist damit allerdings keineswegs bewiesen.

Die legendäre Werwolf-Organisation war eine national-sozialistische Erfindung. Ihre Geschichte

reicht bis 1944 zurück, bis in das vorletzte Jahr des Zweiten Weltkrieges, als die SS-Führung tatsächlich Pläne für eine Untergrund- oder Partisanenbewegung hinter den Frontlinien der ins Reich vorrückenden Alliierten Truppen im Westen und der Roten Armee im Osten entwickelt hatte. Sie blieben weithin Papier und Propaganda.

In der SBZ zeitigte die NS-Werwolf-Fiktion trotzdem fatale Folgen. Bis hinein in die fünfziger Jahre hat sie hohe Opfer an Freiheit und Leben gefordert. Denn obwohl es in der SBZ niemals zu gravierenden Werwolf-Aktionen gekommen war, ließen sich die Operativgruppen des NKWD in ihrem wahnhaften Sicherheitsbedürfnis derart täuschen, dass sie massenhaft Verhaftungen vermeintlicher Werwolf-Gruppen vornahmen, zumeist 14- bis 19-jährige ehemalige Hitler-Jungen, die auf Jahre in den NKWD-Speziallagern in der SBZ festgehalten wurden - interniert in totaler Isolation, ohne Urteil. Andere Werwolf-Verdächtige hatten sich vor sowjetischen Militärtribunalen zu verantworten, sie wurden zu langjährigen Freiheitsstrafen oder – in mehreren hundert Fällen – zum Tode verurteilt und erschossen. Zumeist ohne jeglichen Schuldnachweis in Strafverfahren, die jeder Rechtsprechung Hohn sprachen. Häufig genügte zur Verurteilung eine unbewiesene Denunziation als „Werwolf“.

Mehreren Tausend Opfern erging es ähnlich wie dem damals 15-jährigen Schüler Gerhard Finn – in der UOKG kein Unbekannter -, der im Frühjahr 1945 mit mehreren Lehrern und Mitschülern aus Berlin in den Landkreis Jena, evakuiert worden war. Hier erlebte er die Besetzung zunächst durch Truppen der US-Armee, danach der Roten Armee. In Dorndorf wurde er am 25. Dezember 1945 – am ersten Weihnachtsfeiertag! - unter der haltlosen Beschuldigung, zu einer Werwolf-Gruppe zu gehören, in Haft genommen – zusammen mit zwei Mitschülern. In den folgenden Monaten wurden auch drei seiner Lehrer von der sowjetischen Geheimpolizei festgenommen. Trotz Misshandlungen und Folter erbrachten ihre Vernehmungen keinerlei Schuldbeweis. Am 17. Mai 1946 wurden sie in das Speziallager Buchenwald überführt. Hier sind die drei Lehrer und ein Mitschüler 1947/48 elend zu Grunde gegangen Gerhard Finn und ein anderer Mitschüler wurden im Juli 1948 entlassen. Nur sie, zwei von sechs, hatten überlebt.

Ein charakteristisches Werwolf-Beispiel, das konkret h macht, was Werwolf-Tätigkeit in der SBZ tatsächlich gewesen ist. Im Kontext zum politischen Widerstand der frühen Nachkriegszeit steht sie insofern, als unter dem Vorwand ihrer vermeintlichen Bekämpfung mehrere Tausend Jugendliche unschuldig verfolgt wurden. Aus dem Unrecht, das hier begangen wurde, erwuchs jenseits aller Werwolf-Ideologie neuer Widerstand.

Aus Protest gegen Unrecht entwickelte sich Widerstand frühzeitig auch unter ehemaligen Sozialdemokraten in Ost-Berlin und der SBZ. Seine Anfänge traten hervor, als sich Genossen der unter Druck und Zwang vollzogenen Vereinigung ihrer Partei mit der KPD zu widersetzen versuchten. Erst recht wurden sie als Parteifeinde verfemt, als sie nach erfolgter Fusion innerhalb der SED ihre historischem Traditionen zu wahren suchten und unter sich Zusammenhalt aufrechterhielten – einschließlich ihrer Verbindungen zur SPD im Westen. Dieser so genannte „Sozialdemokratismus“ wurde zur politischen Todsünde wider die Partei.

In Berlin, wo die vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges gemeinsam die Verwaltung ausübten, jede in ihrem Sektor, trat Opposition zutage, als die übergroße Mehrheit der SPD-Genossen Nein sagte zur Verschmelzung mit den Kommunisten. Eine Urabstimmung die die zwölf Kreisorganisationen der SPD in den Westsektoren von Berlin am 31. März 1946 durchführten, wurde zu einem auch international wahrgenommenen Signal sozialdemokratischer Opposition. Bei einer Beteiligung von rund 73 Prozent entschieden sich über 82 Prozent der SPD-Mitglieder gegen eine sofortige Vereinigung mit der KPD. In sowjetischen Sektor von Berlin wurde die Urabstimmung verhindert

Ich würde meinen Vortrag überfrachten, wollte ich hier den Widerstand der Sozialdemokratie umfassend darstellen. Wahrnehmbar war er schon ab 1946 - ebenso ihre Verfolgung durch K 5 und NKWD. In der historischen Forschung wird die Zahl der Sozialdemokraten, die in dieser Zeit in sowjetischen Lagern oder in sächsischen Zuchthäusern verschwanden, auf eine Größenordnung von 5 000 bis 6 000 beziffert.

Die Verfolgung setzte schon bald nach dem Vereinigungs-parteitag im April 1946 ein. Die Verhaftung von Willi Jesse , einem selbstbewussten Sozialdemokraten, kam einem Menetekel gleich. Geboren 1897 in Rostock, seit 1915 in der SPD organisiert, vor 1933 Mitglied des Landtages von Mecklenburg-Schwerin, unter der NS-Diktatur zeitweilig in Haft, 1944 Exil in Schweden, nach seiner Heimkehr 1945 Landessekretär der SPD, 1946 Mitglied des Parteivorstands der SED und Landessekretär in Schwerin, Jesses Verhaftung am 13. Juli 1946 ließ Schlimmes ahnen. Nach vier (vier!) Jahren Untersuchungshaft 1950 durch ein administratives Fernurteil zu zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt, kehrte er im Januar 1954 aus dem Lager Taischet in die Freiheit zurück.

Fall für Fall aus der sozialdemokratischen Widerstands--geschichte in der SBZ/DDR wäre hier nachzuzeichnen. Namen wie Fritz Drescher, Hermann Kreutzer, Arno Haufe, Heinz Lehmann, Dieter Rieke, Gerhard Weck, Arno Wend und andere stehen dafür - welches Schulbuch schildert ihre Schicksale? Aufs Ganze gesehen weisen sie gleiche Verfolgungsmuster auf: Häufig waren es Genossen, die vor 1945 im antifaschi-stischen Widerstand gearbeitet hatten und dafür in die Gefängnisse und Konzentrationslager der NS- Diktatur gegangen waren. Nun waren sie Verfolgte der zweiten Diktatur in Deutschland.

Gleich ihnen wurden mehrere Tausend Funktions-träger und aktive Mitglieder von CDU und LDP ihres oppositionellen oder widerständigen Verhaltens wegen verfolgt. Annähernd 1 500 Verhaftete aus den Reihen der Ost-CDU sind mit Namen und Daten nachweisbar. Vor der Gleichschaltung der Blockparteien kam die Repression der frühen Jahre.

Die Eliminierung der bürgerlichen Opposition erfasste 1947/48 auch vor allem die Universitäten und Hochschulen in Berlin und der SBZ. Sie konnten ungeachtet umfangreicher Kriegszerstörungen ihren Lehrbetrieb zwischen Oktober 1945 und Februar 1946 wieder aufnehmen. Natürlich wurden auch sie einer radikalen Entnazifizierung und personellen Säuberung unterzogen. Aber es stellten sich auch Hoffnung und Zuversicht in der Professoren- und Studentenschaft ein und die Bereitschaft, sich in den Aufbau einer neuen demokratischen Ordnung einbringen. Aus den traumatischen Erlebnissen und Erfahrungen der NS- Diktatur mussten politische Konsequenzen gezogen werden.

Frühzeitig wurde freilich auch erforderlich, akademische Freiheit und demokratische Rechte gegen neue Gefährdungen zu behaupten. Die Verfolgung oppositioneller Studenten, Dozenten und Professoren, die sich in offenem Widerspruch ideologischer Gleichschaltung und neuem Unrecht zu widersetzen suchten, war damit programmiert.

Eine der spektakulärsten Festnahmeaktionen der sowjetischen Geheimpolizei, die weithin Aufsehen erregte und Proteste auslöste, betraf bereits im zweiten Nachkriegsjahr oppositionelle Christdemokraten, zumeist Studenten der Berliner Universität. Das prominenteste Opfer: Manfred Klein. Geboren 1925 in Berlin, aktiv in der Katholischen Jugend, 1942 in Gestapo-Haft, war er gleich 1945 der CDU beigetreten, zählte aber auch zu den Mitbegründern der Freien Deutschen Jugend, deren Zentralrat er als Sprecher der Katholischen Jugend angehörte. Sein beharrliches

Eintreten für die Belange junger Christen führte am 13. März 1947 zu seiner Verhaftung. FDJ-Chef Erich Honecker ließ es widerspruchslos geschehen.

Mit Klein wurden weitere junge CDU'ler in Haft genommen, darunter wie erwähnt Ewald Ernst und der Medizinstudent Georg Wrazidlo. Am 13. Dezember 1948, nach langer russischer U-Haft, wurden er und sechs Mitangeklagte durch das Militärtribunal der SMAD in Ost-Berlin zu je 25 Jahren „Freiheitsentzug im Besserungsarbeitslager“ verurteilt. Seine Haftzeit verbüßte er Bautzen und Torgau. Am 19. Oktober 1956 wurde er entlassen. Nach neuneinhalb Jahren.

Vor dem Hintergrund solchen Geschehens an der Berliner Universität, die 1949 in Humboldt-Universität umbenannt wurde, war in der Vier-Mächte-Stadt die Spaltung von Lehrkörper und Studentenschaft absehbar. Im Laufe des Jahres 1948 verließen mehr und mehr Lehrende und Studierende ihre alte Universität und bereiteten im amerikanischen Sektor von Berlin die Gründung einer Gegen-Universität vor: der Freien Universität Berlin, eine Schöpfung akademischer Opposition. Im Dezember 1948 wurde sie feierlich eröffnet.

Von kommunistischer Seite wurde die Neugründung nicht nur auf das Heftigste angefeindet und diffamiert – sie wurde auch „operativ bearbeitet“. Studenten der FU und der 1948 wieder eröffneten Deutschen Hochschule für Politik wurden sowohl in Ost- wie in West-Berlin bespitzelt und verfolgt. Von den im Laufe der Zeit verhafteten Studenten wurden in den Jahren 1951 bis 1952 nach Recherchen von Jochen Staadt nicht weniger als zehn von sowjetischen Militärtribunalen zum Tode verurteilt und in Moskau erschossen. Sie wurden „konter-revolutionärer Verbrechen“ bezichtigt, ohne sich wirklich schuldig gemacht zu haben.

Die Situation an anderen mittel- und ostdeutschen Universitäten war keine andere im ersten Nachkriegsjahrzehnt. Auch in Dresden, Greifswald, Halle-Wittenberg, Jena, Leipzig und Rostock wurden Studenten und Studentinnen ihrer oppositionellen Gesinnung wegen von der Besatzungsmacht entrechtet und verfolgt. Wer sich dem Herrschaftsanspruch der SED und der von ihr gegängelten FDJ im akademischen Raum nicht beugen wollte, mußte büßen.

Wenn übrigens sowjetische Militärtribunale in der Nachkriegszeit vorübergehend keine Todesurteile fällten, so hatte das seinen juristischen Grund: Zwischen dem 26. Mai 1947 und dem 12. Januar 1950 war in der UdSSR die Todesstrafe abgeschafft. Umso blutiger fiel die Schreckensbilanz in den ersten drei Jahren nach Gründung der DDR aus.

Schon vorher hatte studentische Opposition an der Universität Leipzig den sowjetischen Justizterror zu spüren bekommen. Hier war am 11. November 1948 der weit über Leipzig hinaus populäre Studentenfürher Wolfgang Natonek festgenommen worden. Er hatte sich als Vorsitzender des Leipziger Studentenrates den neu aufziehenden Gefahren offen widersetzt.

Natonek hatte sein Studium an der Universität Leipzig gleich im Februar 1946 aufgenommen, und zwar in den Fächern Germanistik, Geschichte, Philosophie und Anglistik. Frühzeitig war er zudem der LDP beigetreten.

Als im Februar 1947 an der Universität Leipzig erstmals nach dem Kriege Studentenratswahlen stattfanden, gingen von 21 Mandaten acht an die SED, je sechs an die LDP und CDU, ein Mandat entfiel auf einen parteilosen Kommilitonen. Bei der Konstituierung des Studentenrates wurde Natonek Vorsitzender. Als nach den folgenden Studentenratswahlen mit seiner Wiederwahl zu rechnen war, griff die Geheimpolizei zu. Zeitgleich wurden mindestens weitere zehn Studenten in Leipzig verhaftet - Mitglieder der beiden bürgerlichen Hochschulgruppen. Damit stand den Studentenratswahlen im Dezember 1948 nichts mehr im Wege: Die Kandidaten der SED erhielten

ihre Mehrheit – und Natonek wurde am 30. März 1949 von einem sowjetischen Militärtribunal in Dresden wegen Beihilfe zur Spionage“ zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Bei seiner Einweisung in Bautzen konnte er nicht ahnen, dass ein Leidensweg von siebeneinhalb Zuchthausjahren vor ihm lag.

Natoneks Fall war kein Einzelfall. An der Universität Leipzig sind bis zum Jahre 1955 nach jüngsten Forschungen nicht weniger als 92 Studentinnen und Studenten von sowjetischen Militärgerichten verurteilt worden, wie Prof. Gerald Wiemers recherchiert hat. Ihre Universitäten waren die Zwangsarbeitslager in Workuta und die Zuchthäuser in Sachsen. Die Studenten Herbert Belter, Heinz Baumbach, Heinz Eisfeld, Helmut Paichert, Gerhard Rybka und Axel Schroeder, alle sechs an der Universität Leipzig immatrikuliert, wurden in den Jahren 1951/52 zum Tode verurteilt und in Moskau erschossen.

Warum musste Herbert Belter sterben? Auch sein Fall ist exemplarisch. Jahrgang 1929, Immatrikulation in Leipzig zum Wintersemester 1949/50. Zu dieser Zeit war Opposition gegen die Stalinisierung der Universität schon nicht mehr möglich. Ein offenes Wort war zum Risiko geworden. Als Belter keine legale Alternative mehr sah, sammelte er gleich gesinnte Kommilitonen um sich, unter ihnen Werner Gumpel und Siegfried Jenkner. Man diskutierte, man knüpfte Kontakte nach West-Berlin, zum RIAS und zum Gesamt-deutschen Referat des Verbandes Deutscher Studenten, teils um über den Alltag an der Universität zu informieren, teils um sich Westliteratur und Zeitschriften zu besorgen. Bei dem Versuch, in Leipzig Flugblätter gegen die verfassungswidrig vorbereiteten Einheitslistenwahlen am 15. Oktober 1950 an Litfasssäulen zu kleben, wurde er elf Tage vor dem Wahltag von der Volkspolizei festgenommen. In den folgenden Tagen wurden weitere acht Studenten und ein Handwerker verhaftet und die „Gruppe Belter“ den Russen überantwortet. Das Militärgericht 48240 verurteilte sie am 20. Januar 1951 in Dresden bis auf einen, der mit zehn Jahren davon kam, zu jeweils 25 Jahren Zwangsarbeitslager. Herbert Belter wurde als „Rädelsführer“ zum Tode durch Erschießen verurteilt und am 28. April 1951 in Moskau exekutiert.

In Dresden manifestierte sich unter Studenten der Technischen Hochschule früher Widerstand. Auch hier wurden Widerständler – wie Matthias Lienert in einer jetzt erschienenen Monografie belegt - von der Militärjustiz zum Tode verurteilt. So Heinz Just und Friedrich Prautsch, die am 24. Dezember 1951 – mithin am Heiligen Abend! - verurteilt und am 20. März 1952 in Moskau erschossen wurden. Ebenso Wolfgang Heinrich – liquidiert am 31. März 1953.

„Konterrevolutionäre Verbrechen“ lautete der fadenscheinige Vorwurf. Wie immer.

In der Eingangshalle zur Universität Rostock findet sich eine schlichte Inschrift, die so lautet: „Dem Studenten Arno Esch, geboren am 6. Februar 1928, hingerichtet am 24. Juli 1951, und allen Opfern und Verfolgten des Stalinismus an dieser Universität zum mahnenden Gedenken“. Auch in seinem Schicksal spiegelt sich studentische Opposition. In Stichworten: Festnahme nach politischer Denunziation durch „K 5“ genau elf Tage nach Gründung der DDR, Überstellung an die sowjetische Geheimpolizei, Verurteilung zur Todesstrafe. Hinrichtung in der Butyrka.

In Strafprozess gegen Esch wurden dreizehn Mitangeklagte verurteilt, Funktionsträger der LDP aus der Region, mit denen er politisch zusammengewirkt hatte, und Rostocker Studenten Studentinnen. Es ergingen sechs Todesurteile, von denen fünf vollstreckt wurden. Der Chemie-Student Friedrich-Franz Wiese, ebenfalls zum Tode verurteilt, wurde begnadigt. Er überlebte die folgenden Jahre als Häftling in Workuta und hat später den Prozess dokumentiert.

Zum Tode verurteilt durch das Militärtribunal in Schwerin wurde auch der Rostocker Sportstudent Karl-Alfred Gedowsky. Seiner Verhaftung am 26. Juni 1951 folgte die Deportation nach Russland. Das Urteil wurde am 6. Dezember 1951 vollstreckt. Im selben Prozess wurden vier Mitangeklagte

verurteilt, Gottlob „nur“ zu Zwangsarbeitsstrafen, unter ihnen der Biologie-Student Hartwig Bernitt. und der Medizin-Student Alfred Gerlach, dessen Todesurteil in 25 Jahre Zwangsarbeit umgewandelt wurde. Sie kamen nach Workuta.

Von Rostock nach Halle. Auch hier dieselbe Rigorosität der Geheimpolizei und der Militärjustiz gegenüber Studierenden der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Ein typischer Fall: Die Ausschaltung von acht Studierenden im März 1950, sieben angehende Mediziner, und eine Pädagogik-Studentin, die gegen undemokratische Praktiken von FDJ und SED bei den Studentenratswahlen im Februar 1950 opponierten, teils offen, teils konspirativ. Horst Hennig, Willi Eckert, Werner Eggers und andere. Frau Dr. Gerstengarbe wird Näheres zur Verfolgung der Studenten in Halle ausführen. In Moskau erschossen wurden am 20. März bzw. am 10. September 1952 der Slawistik-Student Herbert Schönmath und der wissenschaftliche Assistent Helmut Huwe – die DDR-Regierung ließ es ungerührt geschehen.

Noch so manches Schicksal wäre hier konkret zur Sprache zu bringen, fehlte nicht die Zeit dazu. Das eigentlich Empörende aber resultiert nicht allein aus dem Justizunrecht, das verübt wurde, sondern aus der Erkenntnis, dass die Angeklagten verurteilt wurden, weil die demokratische Rechte für sich in Anspruch nehmen wollten – demokratische Rechte, die formal durch die bei Gründung der DDR in Kraft gesetzte Verfassung des Arbeiter-und-Bauern-Staates verbrieft waren. Trotzdem wurden unverhältnismäßig hohe Zwangsarbeitsstrafen verhängt und zutiefst unrechtmäßige Todesurteile, ohne dass die Partei- und Staatsführung der DDR auch nur das Geringste dagegen unternommen hätte, Sie hat das politische Unrecht der sowjetischen Militärtribunale nicht nur billigend in Kauf genommen, sie hat ihm Vorschub geleistet, indem ihre politischen Polizeikommissariate und seit 1950 ihr Staatssicherheitsdienst der sowjetischen Geheimpolizei in der DDR willige Hilfsdienste leisteten.

Früher Widerstand begegnet dem Zeithistoriker bald nach Gründung der DDR auch an Oberschulen. Typisch dafür ein Widerstandskreis an der Karl-Marx-Oberschule in Altenburg. Die ihm zugehörigen Schüler und Schülerinnen, aber auch Lehrer traten auf Flugblättern für demokratische Verhältnisse ein. Charakteristischerweise suchten sie sich ihre Vorbilder in der Widerstandsgruppe ‚Weiße Rose‘ der Geschwister Scholl bzw. in dem Drama ‚Die Illegalen‘ von Günther Weisenborn.“ Die Orientierung an dem Weisenborn’schen Schauspiel, das den illegalen Kampf einer antifaschistischen Widerstandsgruppe zum Gegenstand hat, ging bei den Altenburger Schülern so weit, dass sie wie „die Illegalen“ im Drama einen Radiosender bauten und zu Stalins Geburtstag am 21. Dezember 1949 auf Sendung gingen. Reichweite rund 40 Kilometer. Mangel an konspirativer Erfahrung führte im März 1950 zu einer Welle von Verhaftungen. Neunzehn Schüler und Lehrer wurden vor Gericht gestellt – vor ein sowjetisches Militärgericht in Weimar. Drei von ihnen, Joachim Näther, Siegfried Flack und Wolfgang Ostermann wurden zum Tode verurteilt und im Dezember 1950 in Moskau hingerichtet. Die zu Zwangsarbeit Verurteilten kamen teils nach Workuta, teils nach Bautzen und Waldheim. Ein viertes Todesurteil, das im April 1951 in Moskau vollstreckt wurde, richtete sich gegen den Oberschüler Ludwig Hayne, der zunächst hatte flüchten können. Er war nach Ost-Berlin gelockt und nachträglich verurteilt.

Die Geschichte des frühen Widerstands kennt weitere Oberschüler-Aktivitäten. Ich nenne den Namen Hermann Joseph Flade ich nenne die Werdauer Oberschüler und die Güstrower Gymnasiasten. Ich muss es dabei belassen, weil ich mit meinem Vortrag zu Ende kommen muss.

Zu erinnern wäre auch die Junge Gemeinde der evangelischen Kirche, in der sich junge Christen zwischen 14 und 19 zusammengefunden hatten. Die SED ächtete sie 1953 als „illegale Organisation“ und lastete ihr Spionage an. Absurder konnte ein Vorwurf nicht sein. Etwa 3 000

Oberschüler und 2 000 Studierende wurden als „Kugelkreuzler“ - wie sie wegen ihres Bekenntnissymbols „Kreuz auf der Weltkugel“ beschimpft wurden - von den Schulen verwiesen oder von den Universitäten relegiert. Dutzende wurden verhaftet – mindestens 72 Pfarrer und Diakone verurteilt. Erst der von Moskau oktroyierter Politbüro-Beschluss von 9. Juni über den Neuen Kurs der Partei und ein Ministerratsbeschluss vom 11. Juni 1953 setzte dem Treiben ein Ende. Mit ihm sollte die latente Krise der DDR bewältigt werden, die die Beschlüsse der 2. Parteikonferenz über den Aufbau des Sozialismus im Staat der SED provoziert hatten. Die Krise entlud sich, wie man weiß, im Volksaufstand des 17. Juni 1953. Man kennt seinen Ausgang.

Auch die Häftlingsstreiks im Archipel GULag und speziell den Aufstand in Workuta stehen dazu im historischen Kontext. Aber das wissen die Zeitzeugen unter Ihnen wie Horst Hennig und Horst Schüler besser als ich.

Bleibt ein Versuch, abschließend eine historische Wertung zu formulieren, Zu resümieren ist in der Hauptsache, dass Opposition und Widerstand der frühen Jahre in der SBZ/DDR primär auf innere Ursachen zurückzuführen waren, auf den Gegensatz von Herrschaft und Gesellschaft, auf Konflikte, hervorgerufen durch jene „Revolution von oben“, die in der Nachkriegszeit eingeleitet wurde. Es gelang nur zeitweilig, sie als Aufbau einer „antifaschistisch-demokratischen Ordnung“ zu kaschieren. Nach dem Desaster der ersten Diktatur in Deutschland waren viele Menschen durchaus hoffnungsvoll gestimmt. Vorläufig. Aber die politische Desillusionierung ließ nicht lange auf sich warten lassen. Die vermeintlich bessere Ordnung war allzu bald zur stalinistischen Diktatur verkommen.

Opposition und Widerstand waren Reaktionen auf den erzwungenen Marsch in den „Okkupationssozialismus“, auf Repression und Unrecht. Nicht hingegen waren sie eine Folge dessen, was SED und Staatssicherheit später „politisch-ideologische Diversion“ hießen und zum Erklärungsmuster „politischer Untergrundtätigkeit“ stilisierten, um die innere Bedingtheit von Opposition und Widerstand leugnen zu können.

Wenn westliche Medien, das Radio speziell, und Widerstands-organisationen für Opposition und Widerstand in der SBZ/DDR auch nicht konstitutiv waren, so ließen sie ihnen jedoch ihre politische Solidarität und propagandistische Unterstützung zuteil werden. Die Aktivitäten der Ostbüros von SPD, CDU und FDP sind in diesen Kontext einzuordnen, ebenso das Wirken der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit und der Untersuchungsausschusses Freiheitlicher Juristen. Auch die Arbeit westlicher Geheimdienste ist hier in Betracht zu ziehen. Dass dabei schwerwiegende Fehler mit schlimmen Folgen begangen wurden, steht auf einem anderen Blatt Papier.

In der Agitation und Propaganda der SED wurden die Ostbüros in West-Berlin, die KgU und der UFJ pauschal als „Agentenzentralen“ charakterisiert. Soweit sie sich konspirativer, im Sinne des Regimes illegaler und auch nachrichtendienstlicher Methoden bedienten, um Informationen aus der SBZ/DDR zu beschaffen oder Kontakte zu Gleichgesinnten aufrecht zu erhalten. War dies aus Sicherheitsgründen nötig, seitdem unter dem Regime der SED weder Informations- und Meinungsfreiheit noch die freie Betätigung oppositioneller Parteien geduldet wurden.

Die Diskreditierung von Opposition und Widerstand als „Agententätigkeit“ diente der SED vor allem dazu, ihren Akteuren um jeden Preis eine politische Motivation, eine moralische Rechtfertigung abzuerkennen. Der Gegner galt als „Klassenfeind“, er handelte aus niederen, aus kriminellen Beweggründen, mochte seine politische Intention auch noch so lauter sein. Opposition und Widerstand in der SBZ/DDR gingen aus den politischen und sozialen Verhältnissen selbst

hervor. Bei aller Vielfalt in den politischen Zielen gab es allerdings ein elementares Verlangen, dessen Kontinuität in Opposition und Widerstand unverkennbar hervortritt – die Forderung nach freien Wahlen in der DDR. Nicht zufällig aktualisierte sie sich über Jahrzehnte hinweg als Kernforderung, die schon junge Menschen in ihren illegalen Flugblatt- und Malaktionen gegen die ersten Einheitslistenwahlen am 15. Oktober 1950 erhoben hatten. Historisch zwingend geradezu wurde sie zur bestimmenden Losung der Aufständischen am 17. Juni '53.

Neben dem Eintreten für freie Wahlen ist nach Gründung der DDR nur noch eine zweite Forderung auszumachen, für die Oppositionelle und Widerständler frühzeitig eintraten - die Forderung nach Liquidierung des Ministeriums für Staatssicherheit und strafrechtlicher Ahndung seiner Verbrechen.

Es bleibt die Frage nach dem Sinn von Opposition und Widerstand gegen die Diktatur der SED. Wären sie nicht manifest geworden, wären Willkür und Repression in der SBZ/DDR unvergleichlich zügelloser, drückender und brutaler gewesen. Zumal im geteilten Deutschland waren die Machthaber in Ost-Berlin und Moskau durch Opposition und Widerstand ständig zu taktischen Rücksichten genötigt. Schon deshalb kann es keinen Zweifel am ihrem Sinn geben. Und deshalb waren auch die Opfer nicht vergebens, die zumal im Widerstand der frühen Jahre zwischen Waldheim und Workuta gebracht werden mussten. Ihr historisches Erbe zu bewahren und ihrer zu gedenken bleibt eine Verpflichtung der Gegenwart. Um der Zukunft willen!
